



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0866890

P/XII/278 - 5. Dezember 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Militärisches Denken in der Sackgasse	S. 1
Erich Ollenhauer in den Niederlanden	S. 3
Die Lamettesorgen des Herrn General	S. 5
Das "Östkolleg" der Bundesregierung	S. 7

Warum in Paris vorläufig nicht von der atomaren
Bewaffnung Westeuropas gesprochen werden soll

Von unserem diplomatischen Dr.K.B.-Mitarbeiter

Es besteht kein Zweifel darüber, dass ursprünglich die Absicht bestanden hatte, auf der am 16. Dezember in Paris beginnenden NATO-Pagung auch die Frage der atomaren Bewaffnung Westeuropas zu erörtern. Wie verlautet, hat man zunächst diesen Plan aufgegeben, weil sich herausgestellt hat, dass die rein militärischen Überlegungen zur Lösung der politischen Ost-West-Probleme in eine Sackgasse führen und weil man sich scheut, dies offen zuzugeben.

Im Verlauf der jetzt bekannt gewordenen militärischen Vorverhandlungen zur Pariser NATO-Konferenz ergab sich, dass Frankreich deswegen die vierte Atommacht werden will, weil es befürchtet, die USA könnten im Falle eines Angriffes aus dem Osten nicht entschlossen sein, durch Drohung oder Einsatz mit A- oder H-Waffen diesen Angriff abzuhalten. Würde Frankreich dagegen über eigene Atomwaffen und vielleicht auch über H-Bomben verfügen - so argumentierte man in Paris - könnte auch bei einer zunehmenden Neigung der Amerikaner zum Isolationismus der Angriff zurückgewiesen werden. Natürlich stellt man sich in Frankreich vor, dass auch die übrigen westeuropäischen Mitglieder der Atlantik-Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit Frankreich Atomwaffen entwickeln und gegebenenfalls bereit sein sollen, sie einzusetzen.

Es wurde aber auch eine andere, entgegengesetzte, Argumentation von französischer Seite vorgetragen. Eigene "europäische" Atomwaffen,

so wurde gesagt, könnten die USA erst recht veranlassen, sich im Falle eines Angriffes aus den Osten herauszuhalten. In Amerika könnte die Stimmung entstehen: Wenn Europa eigene Atomwaffen besitzt, kann es sich selbst wehren. Warum sollen wir uns an einem dritten Weltkrieg beteiligen?

Von den Diskussionspartnern wurde im weiteren Verlauf der Vorverhandlungen dann festgestellt, dass in beiden Fällen die Vernichtung Europas sicher wäre. Im Falle des Einsatzes sogenannter europäischer A- und H-Waffen würde der Stoss aus dem Osten - natürlich ebenfalls mit A-Waffen - sich völlig auf Westeuropa konzentrieren. Bei der Bevölkerungsdichte Westeuropas würde dies die Vernichtung jeglichen Lebens bedeuten.

Rechnet man mit dem Einsatz von A- und H-Bomben aus den Vereinigten Staaten - vielleicht als Befreiungsaktion - würde ebenfalls eine Vernichtungswelle über Europa rasen.

Jede Vorstellung, dass Sicherheit für die Völker des europäischen Kontinents mit ausschliesslich militärischen Mitteln erreicht werden kann, ist heute eine Illusion - das war das Fazit der rein militärischen Diskussion zur Vorbereitung der Pariser NATO-Konferenz.

Ein kluger Mann hat im Anschluss daran erklärt, er glaube nicht, dass die Völker Europas stillhalten würden, wenn man ihnen offen die Perspektiven militärischer Unternehmungen zur Lösung der politischen Probleme in Europa zeige. Der gleiche Mann hat dann vorgeschlagen, die Diskussion über dieses Problem auf der Pariser NATO-Konferenz nicht zu führen und erst einmal abzuwarten, ob es den Amerikanern gelingt, den jetzigen Vorsprung der Russen im Rüstungswettlauf wieder aufzuholen. Man könne dann vielleicht mit anderen psychologischen Voraussetzungen erneut die Frage der atomaren Bewaffnung der westeuropäischen Mitglieder der Atlantik-Gemeinschaft beraten ...

Das und nichts anderes sind die Gründe, die dazu geführt haben, dass man in Paris zunächst darauf verzichten will, das heisse Eisen der atomaren Bewaffnung Westeuropas anzurühren.

Moralischer Gewinn für die Bundesrepublik

Von Alfred Mozger, Internationaler Sekretär der holländischen Partei
der Arbeit

Es war ein merkwürdiges Zusammentreffen, dass am gleichen Sonnabend in Amsterdam sprachen: Erich Ollenhauer und Konrad Adenauer. Journalisten haben hinter dieser Gleichzeitigkeit grosse politische Absichten gesucht. Zu Unrecht. In Wirklichkeit war es zufällig, dass Erich Ollenhauer gerade an dem Tage einer Einladung der niederländischen sozialdemokratischen Partij van de Arbeid folgen konnte, an der Dr. Adenauer auf dem Kongress der Stiftung für europäische Kultur in Amsterdam sprach.

Ollenhauer war gebeten worden, eine vergleichende Betrachtung zwischen der deutschen politischen Situation nach dem ersten und nach dem zweiten Weltkrieg zu geben. Vor einer sehr interessierten Zuhörerschaft zog der Redner Vergleiche zwischen der jeweiligen staatspolitischen, verfassungsrechtlichen und politischen Struktur, der wirtschaftlichen Lage und der seelischen Haltung der Bevölkerung. Für deutsche Leser mag es - soweit sie sich über solche Dinge ernsthaft Rechenschaft zu geben bereit sind - wenig Neues zu hören gegeben haben. Für diesen politisch interessierten Kreis niederländischer Studenten waren Ollenhauers Ausführungen sehr aufschlussreich. Die grosse Aufmerksamkeit und die sich anschliessende hasserregte Diskussion bewiesen es. Am Ende des Vormittags wurde dem Redner eine ganz aussergewöhnliche Huldigung gebracht. Sie galt der klaren Sachdarstellung und dem aussergewöhnlichen Mass an Objektivität des Oppositionsführers.

Diese Grundhaltung liess ihn auch Fragen, die sehr leicht und ohne gesuchte Absicht zu einer billigen parteipolitischen Propaganda hätten führen können, nicht missbrauchen. Vor niederländischen Hörern sind das keine "verpassten Gelegenheiten", sondern sehr gewürdigte Beweise staatsmännischer Haltung und aufrechter Gesinnung. Einer der Studenten kam auf das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Oppositionsführer zu sprechen. Er stellte die Frage, warum ein solches Gespräch

in der Bundesrepublik als Sensation behandelt werde, obwohl es doch in jedem demokratischen Lande eine Selbstverständlichkeit sei. Ollenhauer beschränkte sich unter allgemeiner Heiterkeit auf die Bemerkung: "Aber für mich ist es ja auch eine Selbstverständlichkeit." Der Eindruck, den Ollenhauer bei Professoren und Studenten hinterliess war der, dass mit diesem Vortrag die Bundesrepublik einen moralischen Gewinn buchte, der nicht zuletzt auch ein persönlicher Gewinn des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war.

Am Abend desselben Tages fand dann in Den Haag eine Zusammenkunft Ollenhauers mit dem Vorstand der niederländischen Sozialdemokraten, den sozialistischen Fraktionsmitgliedern beider Kammern des Parlamentes und den sozialistischen Mitgliedern der Regierung statt. Ausser dem Ministerpräsidenten Dr. Drees, dem Finanzminister Hofstra, dem Justizminister Sarkalden waren die Staatssekretäre im Ausseministerium, Van der Beugel, und im Kriegeministerium, Kranenburg, anwesend.

Den grössten Teil des Abends beanspruchte die Debatte über die Aussenpolitik. Es ist kein Geheimnis, dass die Partij van de Arbeid die aussenpolitische Konzeption der SPD über den sogenannten Europäischen Sicherheitspakt ablehnt. Dieser Gegensatz liess sich auch an jenem Abend nicht überbrücken. Wohl hat der Verlauf des Abends deutlich gezeigt, dass man sich beiderseits bewusst ist, dass es sich hierbei um eine differenzierte Methode bei der zu verfolgenden Politik handelt und nicht um einen Gegensatz, der einerseits etwa der SPD eine Konzessionsbereitschaft gegenüber dem Kommunismus unterschiebt oder der Partij van de Arbeid ein mangelndes Interesse für die deutsche Sorge um die Wiedervereinigung. Der Standpunkt der SPD ist deutschen Lesern ja nicht unbekannt. Ihm gegenüber vertreten die niederländischen Sozialisten die Auffassung, dass eine durch Moskau garantierte Sicherheit, die die teilweise oder völlige Auflösung der NATO bedeuten würde, keine Sicherheit ist. Ollenhauer vertrat hierbei ja keineswegs eine persönliche Politik (auch wenn er sie uneingeschränkt teilt), sondern eine Auffassung, zu der sich - um diese anscheinend zeitgemässe Terminologie zu gebrauchen - vor dem Wahlkampf die heutigen Reformer und Nichtreformer der SPD einhellig bekannt haben. Vielleicht ist in dieser Tatsache die Erklärung zu suchen, dass auch in diesem Kreise in Den Haag die Zusammenkunft bei allem sachlichen Gegensatz mit einer Sympathie-Ausserung für Ollenhauer endete. * * *

Ein General liegt falsch

- sp.-- Die Bundeswehr, die den von Bundesverteidigungsminister Strauss leichtfertig von Zaun gebrochenen Fall Müller-Hillebrand noch nicht verkräftet hat, sieht sich in allzu rascher Folge einer neuen Affäre gegenüber, für die jetzt ein General verantwortlich zeichnet. Das Thema lautet diesmal "Uniform". Und damit wird ein Gebiet berührt, das zu den umstrittenen Problemen bei der Aufstellung der Bundeswehr gehört, weil es mit dem Disput um das äussere Bild zugleich auch die Frage nach dem Geist der Armee anspricht.

Der Streit um die Uniform der neuen und jungen Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland hat die Bundeswehr schon Wochen und Monate vor dem ersten öffentlichen Auftreten des ersten uniformierten Soldaten begleitet, und dieser Streit hat, wie der Protest-Brief des Bundespräsidenten an den Bundesverteidigungsminister von Ende Oktober beweist, bis heute noch nicht aufgehört. Die Bundeswehr-Uniform, die zunächst betont zivil und schlicht gestaltet wurde, unterlag im Laufe der Jahre mehrfachen Änderungen, und heute ist die Annäherung an die ehemalige Wehrmachtuniform bereits sehr weitgehend erfolgt. Aber auch diese, je nach dem Standort des Beurteilers, Angleichung oder Rückentwicklung ist einer Gruppe von Offizieren noch nicht "vollständig" genug, und so erleben wir heute das verblüffende Schauspiel, dass in einer Zeit, die doch eine den Notwendigkeiten und Anforderungen der die Armee beherrschenden Technik angepasste Berufskleidung der Soldaten zur unbestrittenen Selbstverständlichkeit machen müsste, diese Offiziersgruppe am liebsten wieder den Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisrock mit Lametta und Dolch eingeführt sehen möchte. Dass diese Offiziersgruppe, die auch bei manchen unteren Dienstgraden Zustimmung findet, ein lautstarkes Echo in gewissen Bevölkerungskreisen ausgelöst hat, die verhandelterweise Zivil tragen müssen, das macht die Sache keineswegs einfacher.

Tatsache ist nun, dass dem Bundesverteidigungsministerium vor einigen Wochen ein Brief zugegangen ist, in dem konkret und handfest eine Reihe von Änderungen vor allem für die Offiziersuniformen vorgeschlagen wurde. Die Liste umfasste u.a. die Anregung zur Wiedereinführung der Offiziers-Reithosen und -Reitstiefel, der Silberkordel an der Offiziers-Schilhmütze, der "Fangsnur" für die Offiziersmäntel, des Waffenrockes mit Biesen und Waffenfarben und der "Kolbenringe" für den "Spieß" sowie zur Anbringung von Silberblechknöpfen statt der zivilistischen Hornknöpfe an den Regenmänteln und von Rangabzeichen an den Stahlhelmen. Dieser letzte Wunsch wird "verständlich", wenn man weiss, dass die jetzt vorgeschriebenen Tuch-Rangabzeichen am Oberarmel des Kampfanzuges nur einem geschärften Auge die Würde des Trägers erkennen lassen. Und das ist natürlich "schrecklich".

So weit so gut. Wahrscheinlich wird das Bundesverteidigungsministerium noch andere Briefe mit ähnlichen Sorgen erhalten haben. Die Angelenheit des Offiziersreitstiefel-Briefes bekommt aber ihren "Dreh" durch den Tatbestand, dass sein Schreiber einer der höchsten Offiziere der Bundeswehr ist, nämlich der Kommandierende General des I. Korps in Münster, Generalleutnant Gerhard Matzky. Der General, ein straffer 63er, ist in Bonn nicht unbekannt, denn er war jahrelang unter den Bundesministern Leer und Schröder erster Mann des Bundesgrenzschutzes gewesen. Sein Lebenslauf zeigt, dass er immer "dabei" war: Seit 1912 wilhelminisches Heer, nach 1918 Grenzschutz Oberschlesien, dann Reichswehr, nach 1933 Wehrmacht, ab 1950 Labor Service, ab 1951 Bundesgrenzschutz und ab 1. April 1957 Bundesheer.

Dieser Mann erlebt nun folgendes: Seine Uniformänderungs-Vorschläge finden nicht nur keine Gegenliebe beim Bundesverteidigungs-

ministerium und bei der Heeresführung, die Kunde über sie sickert auch noch durch Dutzende Kanäle allmählich aus dem uniformierten Bereich hinaus, erreicht die Presse und beunruhigt damit die Öffentlichkeit, die sich besorgt mit dem bisher wohl massivsten Vorstoss aus der Bundeswehr selbst in Richtung einer sozusagen totalen Re-Uniformierung mit allen äusseren und inneren Zwangsfolgen konfrontiert sieht. Die Öffentlichkeit reagiert im Wege ihrer Meinungsäusserungsorgane, nämlich der Presse, höchst sauer und sagt "Nein", wie vor ihr schon der Bundespräsident, der Bundesverteidigungsminister, erfreulich viele Offiziere aller Dienstgrade vom General abwärts und die meisten Soldaten denen der Inhalt des Matzky-Briefes bekanntgeworden ist.

Was aber tut Matzky? Statt die verdiente Zurück- und Zurechtweisung einzustecken, entschliesst er sich, ebenfalls zu "reagieren", und das tut er so, dass er - wie wir zusätzlich aus seinem Leserbrief an eine Sonntagszeitung erfahren - eine "amtliche Untersuchung" beantragt, die feststellen soll, "Wie es möglich war, dass ein dienstliches Schreiben zur Kenntnis der Presse gelangen konnte"! Darüber hinaus vertritt Matzky in seinem Leserbrief die Ansicht, dass er in seinem Dienstschreiben nur "eine höheren Orts einverlangte einfache Zusammenstellung von Wünschen der Truppe" aber "nicht seine persönliche Auffassung" übermittelt habe. Und damit ist die Angelegenheit seinen Händen entglitten und eine Sache der gesamten uniformierten und zivilen Öffentlichkeit Westdeutschlands geworden.

Zunächst ist zu sagen, dass es ein zumindest eigenartiger Schritt eines hohen Offiziers ist, sich jetzt, wo sein Kind in den Brunnen gefallen ist, hinter die Wünsche einer anonymen "Truppe" zurückzuziehen, statt ganz schlicht und einfach zu dem Inhalt seines Briefes zu stehen, den er eigenhändig unterschrieben hat, ohne - jedenfalls ist nichts anderes bekanntgeworden - sich etwa von diesen "Wünschen der Truppe" zu distanzieren. Die Unruhe, die über dieses Verhalten in der Truppe entstanden ist, kann man nur zu gut verstehen.

Zum anderen weiss man, dass der Uniform-Brief des Generals weder unter "vertraulich" noch unter "geheim" gelaufen ist. Der Paragraph 14 des Soldatengesetzes sagt in seinem ersten Absatz: "Der Soldat hat, auch nach seinem Ausscheiden aus dem Wehrdienst, über die ihm bei seiner dienstlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr oder über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen". Es wird schwer sein, in dem Dienstschreiben des Generals Matzky einen Anhaltspunkt für die von ihm behauptete Notwendigkeit zu finden, für seinen Inhalt die Verschwiegenheit zu strapazieren.

Wenn der General jetzt aber trotzdem eine "amtliche Untersuchung" beantragt hat, um den oder die "Kissetäter" aufzuspüren und festzunehmen, denen angesichts der geradezu unglaublichen "Lanetta"-Orgie mit vollem Recht die Hutschnur geplatzt ist, dann ist es die Pflicht der Öffentlichkeit, dafür zu plädieren, dass diesem Treiben rasch und entschlossen ein kurzes Ende gesetzt wird. Dieser Versuch einer "Hexenjagd" muss schon in seinen ersten Anläufen gestoppt werden, weil wir sonst vor der Gefahr einer Vertrauenskrise in- und ausserhalb der Bundeswehr stehen, die wir unter gar keinen Umständen brauchen können. Es mag dem General möglicherweise schwer fallen, sich mit den Usancen einer neuen Armee vertraut zu machen, die nach den Grundsätzen der demokratischen inneren Führung aufgebaut, organisiert und geleitet wird. Das mag ihm zugestanden werden. Aber weder der Bundeswehr noch der Öffentlichkeit kann zugemutet werden, sich mit den Usancen des Generals vertraut zu machen. Eine Seite wird die allein möglichen Konsequenzen zu ziehen haben.

* * *

Nicht nur den Osten studieren !

K.J. Freundlich ist das Haus und mit gutem Geschmack eingerichtet, das jetzt am Stadtwaldgürtel von Köln seine Pforten geöffnet hat. Die Passanten mögen es für einen Club halten: Kein Türschild verrät seine Bestimmung; bis in die Nacht hinein sind Vorhalle und viele Zimmer erleuchtet. Aber man kommt hier nicht zum Vergnügen zusammen, sondern zur Arbeit. Es handelt sich um das "Ostkolleg" der Bundeszentrale für Heimatdienst, das hier ein festes Domizil gefunden hat. Mit den bislang in Hotelzimmern der weiteren Umgebung Bonn's veranstalteten Probeseminaren ist es zu Ende. Jede Woche werden nun zwei bis drei Dutzend an Ostfragen interessierter Menschen - aus Parteien und Organisationen kommend, Journalisten, Beamte, Juristen, Bundeswehrangehörige - hier zusammentreffen, um sich mit dem Phänomen "Kommunismus" auseinanderzusetzen.

Brauchen wir dieses Ostkolleg? Ja und nochmals ja! Die Bolschewiki vom Jahre 1917 - und die nach ihnen kamen - beherrschen ein Gebiet von Peking bis zur Elbe, sie klopfen nicht nur an die Grenze unseres Landes, sondern sie sind mitten drin: Mittel- und Ostdeutschland gehören zu ihrem Herrschaftsbereich. Wir können an dieser Tatsache nicht vorbeigehen. Es genügt auch nicht, kommunistische Praktiken zu analysieren, die Ideologie zu kritisieren, Marx, Lenin und dialektischen Materialismus pauschal in der Theorie zu widerlegen und all dem unsere Vorstellungen von Freiheit und Menschenwürde entgegenzuhalten. Es wird genug theoretisiert. Für die akademische Betrachtung haben wir unsere Osteuropa-Institute. Professurale Interpretationen haben einen unschätzbaren Wert - trotzdem kreisen die Sputnike, trotzdem spielt Moskau gewichtig mit im Weltkonzert, obwohl das ganze System von Katheder der westlichen Philosophen her längst ad absurdum geführt wurde. Nach Marx kommt es nicht darauf an, die Welt zu interpretieren, sondern sie zu verändern. Die Kommunisten hoben Letzteres auf einem Sechstel der Erde gut an. Am Ergebnis, wie es sich uns in den Ostblockländern darstellt, hätte freilich Marx ebensowenig Freude wie wir sie haben. Er ist schuldlos daran.

Einige Zeitungen haben den Junack geäußert, das Ostkolleg der Bundesregierung - ihr untersteht immerhin die Bundeszentrale für Heimatdienst - möge nicht zu einer "antibolschewistischen Akademie" werden. Sie forderten eine "handgreiflichere Argumentation" und eine Sprache, die

auch der philosophisch ungeschulte Bürger versteht. Andere verlangten nach dem Primat des Politischen anstatt des Wissenschaftlichen, nach pragmatischer Beschäftigung mit den Verhältnissen auch und vor allem in der Sowjetzone Deutschlands, nach einer Konzeption schlechthin. Ihnen ist alles zu theoretisch.

Nun, die Kritiker haben nicht ganz Unrecht. Das jetzt abgeschlossene erste Seminar am Ostkolleg hat es gezeigt. Professoren dozierten, für die Politiker blieb ein einziges Podiumsgespräch. Vieles, allzuvielen, was da über die russische Geschichte, das Wirtschaftssystem der Sowjet-Union, den dialektischen Materialismus, das sowjetische Recht usw. gesagt wurde, blieb im Elfenbeinturm der reinen Wissenschaft. Es kann natürlich nicht anders sein, und den Dozenten gebührt hohes Lob für ihre kenntnisreichen Darlegungen. Aber genügt die sachliche Interpretation, wenn sie keinen Weg zeigt, wie der Kommunismus überwunden werden kann? Angefüllt mit neuem Wissen - wobei noch die Frage ist, ob die Deutung des dialektischen Materialismus durch den Dominikanerpater Prof. Bochenski Anspruch auf letzte Wahrheit erheben kann - gehen die Seminaristen wieder nach Hause. Eine Anleitung zum Handeln nehmen sie nicht mit. Einen zweiten 17. Juni in der Sowjetzone, dem übrigens nicht ein einziger Vortrag gewidmet war, werden sie heute wie damals rat- und tatlos gegenüberstehen. Nur zwei Teilnehmer des Podiumsgesprächs empfahlen Lösungen (über die man streiten kann), mit welchen Methoden man Politik gegenüber Mitteldeutschland und den Satellitenländern machen könnte. Aber liegt eine aktive Ostpolitik der Bundesregierung am Herzen? An der Koblenzer Strasse in Bonn wohl ebensowenig wie am Ostkolleg in Köln

Es wäre schlecht, wollte man der befürchteten "wissenschaftlichen Überfremdung" des Ostkollegs so etwas wie eine Propagandaschule gegen den Osten entgegensetzen. Dann schon lieber den Elfenbeinturm reiner Wissenschaft! Antibolschewistische Polemiken kann man sich anderswo billiger anhören. Nein, das Ostkolleg soll von seinem unumstritten hohen geistigen Niveau nicht herunter. Man täte aber gut daran, den Politikern mehr Raum zu geben, ihre Auffassungen darzulegen. Zur Kritik am Kommunismus gehört auch die Kritik an den Verhältnissen im Westen und seinen Versäumnissen. Zuweilen klang sie durch in den Vorträgen der Professoren - man möchte sie von Praktikern lauter hören. Lenin und seine Apologeten lassen sich nicht aus der Welt reden. Auf das, was wir tun, kommt es an - gleich, ob aus christlicher, humanistischer, liberaler oder sozialistischer Verantwortung heraus.